

die anderen tun. Und selbst die Abgeordneten des Parla- mentes haben sehr oft auf alle „Freiheiten“ verzichtet, wenn es um das Wohl des Landes ging. Die politische Selbsthau- tung und die kluge Verhandlung der parlamentarischen Einrich- tungen waren es, die England im Gegensatz zu anderen Ländern davor bewahrt haben, daß der „Debatteklub gewählter Männer“ das Land in Grund und Boden rede. Auch der „Hall Sandus“ hätte sehr gut im Stillen beigelegt werden können. Ein bösscher Brief des Kriegsministers an den ehrenwerten Abgeordneten wäre die übliche Lösung gewesen. Daß es zu dieser Lösung nicht kam, hat seinen Grund in den innerpolitischen Gegensätzen, die mitten durch die Reihen der Konservativen gehen.

Wenn man weiß, daß Sandus ein Schwiegersohn Winston Churchills ist, so steht die ganze Sache wesen- lich anders aus. Die Churchill-Gruppe vertritt eine Politik, die sich von der des Premierministers wesentlich unterscheidet. Diesen Leuten kann es mit der Aufrüstung nicht schnell genug gehen. Sie haben Duff Cooper, den Vorgänger des jetzigen Kriegsministers, zu Hall gebracht, und sie sind auch mit dem vielgewandten Hore-Belisha nicht zufrieden, den für seinen jetzigen Posten weniger militärische Kenntnisse als seine Er- folge in der Bekämpfung von Verkehrsunfällen und die ihm eigene Geschäftstüchtigkeit qualifiziert haben. Obwohl der Kriegs- minister dem Unterhause mitteilte, daß die Luftabwehr von zwei auf fünf Divisionen und die Mannschafstärke dieser Divisionen von 43.000 auf 100.000 Mann erhöht wird, war der Eisenfresser Churchill damit nicht zu überzeugen. Bei jeder Gelegenheit legt er seine alte Waise von der „deut- schen Gefahr“ auf, mit der er die englische Außenpolitik in eine ganz bestimmte Richtung lenken und die aus- reichende Politik Chamberlains neutralisieren will.

In Churchill, der aberaus erfolgreich ist, dem es aber bis- her nicht gelangt ist, selbst die Jagd der englischen Politik in die Hände zu bekommen, haben Chamberlain und der euro- päische Frieden ihren gefährlichsten Gegenspieler. Welche phantastischen Pläne in den vernebelten Köpfen dieser Kriegstreiber herumspuken, kann man an den dauernden Be- sprechungen des Oppositionsführers Kitlee und an den jüngsten freigelegten Fanfaren Lloyd Georges erkennen. Diese

Männer wollen nicht einsehen, daß sich das Britische Weltreich seit einigen Jahren in einem schweren Krise befindet, aus der es nur eine überaus vorläufige, allen kriegerischen Abenteuern unangenehme Politik herauszu- führen vermag. Es ist das große Verdienst Chamberlains, diese Notwendigkeit erkannt zu haben. Nach der Kalkulation Obens hat er keine Friedenspolitik trotz aller Hindernisse und Rückschläge wiederholt fortgesetzt. Er mußte diese Politik nicht nur gegen die immer mehr ins marxistische Fahrwasser geratenen Labour-Opposition, sondern auch gegen einen Teil seiner eigenen Parteigenossen durchkämpfen. Dieser Kampf ist besonders schwer, weil er von Churchill mit den raffiniertesten Mitteln der Volksbeein- flussung und Volksverhetzung geführt wird. Nur selten legt sich das Haupt der konservativen Fraktion zum Premier

öffentlich in Gegensatz. Churchill arbeitet viel lieber unter- irdisch, schlägt ein politisches Ereignis, das nicht in die Sinne der Chamberlain-Politik paßt, geschickt aus und verläßt, der Regierung ihren Rückhalt im Volke langsam, aber sicher ab- zugraben. In der Wahl der Mittel für diese Unterminier- arbeit ist Englands verbintlicher Premier nicht wählerisch. Er trägt keine Bedenken, selbst einen Verfassungskonflikt zu inszenieren und das parlamentstreu Volk mit heuri- schen gegen die „Bedrohung der Freiheitsprivilegien“ mobil- zumachen, wenn er seinem Gegenspieler damit etwas aus- machen kann. Das sind die Hintergründe des Falles Sandus, der gezeigt hat, daß mit den parlamentarischen Einrichtungen selbst im Lande des Parlamentarismus etwas faul ist, wenn sie dazu herhalten müssen, für ein politisches Intrigenpiel mißbraucht zu werden.

# Die Rede des Reichswirtschaftsministers Funt

(Fortsetzung von Seite 1)

Wir haben das Schwergewicht in den Verhandlungen auf vermehrten Gütertausch gelegt und sind den An- schauungen der Vertreter der Antidegläubiger, die vor allem auf eine weitgehende Transfrierung von Zinsen und Amor- tisationen Wert legen, mit Argumenten entgegengetreten, die auch von den ausländischen Verhandlungspartnern schließlich anerkannt werden mußten.

Die Festigung der internationalen Währungsstabilität und der Zusammenbruch des internationalen Kreditaus- tauschs haben die alten Grundlagen der Weltwirtschaft so nachhaltig erschüttert, daß neue Grundlagen für den inter- nationalen Warenaustausch gefunden werden müssen. Diese können nicht mehr in der Geld-, Gold- und Kreditbasis, sondern nur in der Produktions-, Waren- und Preisbasis bestehen. Der Glaube an die Stabilität der Währungen ist überhaupt verlorengegangen, und es ist gerade jetzt wieder eine allgemeine Beunruhigung durch die Furcht vor neuen

Währungsmanipulationen in der Weltwirtschaft hervor- gerufen worden.

## Deutschlands Währung bleibt stabil

Deutschland hält an der stabilen Währung fest, die durch eine sichere Produktionsgrundlage und feste Preise untermauert wurde und unerfüllbar bleibt. Wir bieten der Welt die große Chance, auf der Basis dieser festen Grundlage die Weltwirtschaft neu aufzubauen.

Auf innerdeutsche Verhältnisse übergehend, unter- richet Reichswirtschaftsminister Funt, daß die Wirtschaft wirtschaftspolitisch, d. h. nationalsozialistisch, geführt werden muß nach den gleichen Grundsätzen, die den Staat leiten: Dem des allgemeinen Volkswohls, dem Staat und Wirtschaft dienen. Die strikte Führung der staatlichen Organisation würde allerdings niemals zu einer Bürokratisierung der Wirtschaft führen.

## Ueberraschender Besuch

In diesem Zusammenhang erwähnte der Reichswirt- schaftsminister, daß er kürzlich mitten im vollen Geschäfts- betrieb und unverhofft eine Exportfirma besucht habe, um bei einem Einblick in die übliche Post feststellen zu müssen, daß diese zum größten Teil aus militärischen Schreiben bestand, was keineswegs als erfreulich bezeichnet werden könne. Die staatliche Wirtschaftsführung sei allein politisch bedingt, niemals aber rein verwaltungsmäßig, weil sonst der Wirtschaftler zum Bürokraten gestempelt werde, von denen es in Deutschland noch mehr als genug gebe.

## Dezentralisierung des Reichswirtschaftsministeriums

Reichswirtschaftsminister Funt stellte hierbei den von ihm schon seit Monaten im Angriff genommenen Plan einer Dezentra- lisierung der Aufgaben des Reichswirtschaftsministeriums, die zu einer engen Fühlung mit der praktischen Wirtschaft führen soll. Man müsse sich hierbei selbstverständlich helfen, etwa zusätzliche Verwaltungskörper zu schaffen, vielmehr müssten hierzu Aufgaben der Zentralstelle in die dezentrali- sierten Stellen hineingeleitet und so den Selbstverwaltungs- körpern der Wirtschaft eine starke Verantwortung und Autori- tät gegeben werden. Er appelliert an die Männer der Wirt- schaft, sich der Übernahme dieser Verantwortung nicht zu verweigern, und rief schon heute den Ruf an die verantwort- lichen Verantwortlichen des Wirtschaftslebens, sich zur Ver- folgung zu stellen, um mitanzusehen bei diesen neuen Aufgaben.

## Bedingungsloses Vertrauen

Zum Schluß seiner Rede begründete Reichswirtschaftsminister Funt, daß die Voraussetzung für die gesunde Entwicklung und das Gedeihen der Wirtschaft in dem bedingungslossten Vertrauen zur politischen Führung liegt. Wenn er verlange, daß die Wirtschaft vollkommen sein müsse, dann bedeuete dies für den Unternehmer nicht nur die kameral- schaftliche Haltung zu seiner Gesellschaft. Der Unternehmer müsse vielmehr darüber hinaus mitten ins Volk hineingehen und enge Fühlung mit ihm haben.

## Deutsch-englische Verhandlungen abgeschlossen

Berlin, 1. Juli. Wie wir hören, sind die deutsch-englischen Finanz- und Wirtschaftsverhandlungen zum Abschluß gekommen. Hierbei ist der deutsche Standpunkt hinsichtlich der Reichsmarktsituation in die österreichischen Bundeskanzleien gewahrt worden. Die Garantie- verpflichtungen der englischen Regierung wird aus zusätzlichen Exporterlösen erfüllt werden. Hinsichtlich der Anleihe der Danubus- und Pong-Anleihe und der privaten Einlagen treten wesentliche Ermäßigungen ein.

## Neuer deutsch-polnischer Wirtschaftsvertrag

Berlin, 1. Juli. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Weizsäcker, und der polnische Vizekonsul in Berlin, Direktor Geyer, und der Leiter der deutschen Delegation, Vizekonsul Dr. Schunze, haben am Freitag im Auswärtigen Amt einen neuen deutsch- polnischen Wirtschaftsvertrag und ein neues deutsch-polnisches Verrechnungsabkommen unterzeichnet, die beide auf Grund des Beitzites der freien Stadt Danzig auch für diese gelten werden. Der Umfang des deutsch-polnischen Warenverkehrs konnte erheblich höher festgesetzt werden, als in dem alten Vertrage vorgegeben war. Die Verträge werden vom 1. September 1938 ab vor- läufig angewendet. Sie sind auf 24 Jahre abgeschlossen und gelten bis zum 28. Februar 1961.

## Verrechnungsabkommen

Berlin-Beim verlängert

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr von Weizsäcker, und der Schweizerische Gesandte, Herr Dr. Schunze, haben am Freitag im Auswärtigen Amt ein Abkommen über die Verlängerung des deutsch- schweizerischen Verrechnungsabkommens um ein weiteres Jahr, d. h. bis zum 30. Juni 1939, unterzeichnet.

Hierbei sind eine Reihe von Änderungen des alten Ab- kommens vereinbart worden. Diese Änderungen betreffen in der Hauptsache eine gewisse Erweiterung des deut- schen Reiseverkehrs nach der Schweiz, eine Herabsetzung des Zinstransfers im Kapital- verkehr um 2,5 v. H. für private Forderungen sowie die Regelung des Warenverkehrs zwischen Deutschland und der Schweiz. Ferner wird ein deutscher und ein schweizeri- scher Regierungsausschuß für die Behandlung aller Fragen, die mit der Durchführung des Verrechnungsabkom- mens zusammenhängen, insbesondere zur Förderung des beiderseitigen Warenverkehrs, eingesetzt.

# Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und der Türkei

Abkommen über den Sandsthal im Mittelpunkt - „Vollständiges Übereinkommen“

Paris, 1. Juli.

Die französisch-türkischen Verhandlungen sind soeben zum Abschluß gelangt. Sie galten erkens dem Abschluß eines Freundschaftsvertrages zwischen den beiden Län- dern, zweitens dem Abschluß eines Übereinkommens, das die gemeinsame Garantie Frankreichs und der Türkei für die Ruhe und die Sicherheit im Sandsthal von Alexandria auf der Grundlage der Parität zwischen beiden Ländern sicherstellt, drittens dem Abschluß eines Protokolls über die Anwendung dieses Abkommens, das insbesondere die gleiche Stärke für die französischen und türkischen Truppen festlegt, die fortan im Sandsthal stationiert werden sollen, viertens einer Erklärung über die französisch-türkische militärische Zusammenarbeit, die insbesondere die Grenzfragen und die Fragen der guten Nachbarschaft zwischen der Türkei und dem französischen Randstabsgebiet festlegt. Diese Erklärung hat den Zweck, zwischen der Türkei, Syrien und der Randstabsverwaltung ein

Statut zum Ausgleich aller Fragen zustande zu bringen. Die Bestimmungen dieser Erklärung hat- u 6 Monate Lauf- zeit und können um weitere 6 Monate verlängert werden.

Der französische Außenminister Bonnet gab anlässlich des Abschlusses der Verhandlungen eine Erklärung ab, in der er, u. a. ausführte, das Sandsthal-Problem habe Gelegenheit zu einem umfassenden Gedanken- und Gefühlsaustausch gegeben. Die Lösung der Fragen sei nicht von der Regelung der Beziehungen der Türkei einerseits und Syriens andererseits zu Frankreich zu trennen gewesen. Frankreich, so betonte Bonnet, habe zu- gegeben, daß die Vereinbarungen von 1921 dem türkischen Element im Sandsthal eine besondere Stellung einräumen, und die Türkei habe ihrerseits bekräftigt, daß sie in terri- torialer Hinsicht uninteressiert sei.

Der türkische Vizekonsul Fuad Davaz erklärte fran- zösischen Pressevertretern, daß die französisch-türkischen Ver- handlungen zu einem vollständigem Übereinkommen in allen Punkten geführt hätten. Zur Unterzeichnung wird sich der französische Außenminister Bonnet im Sep- tember nach Ankara begeben.

# Schiffstonnage für Großkampfschiffe 45000 Tonnen

Neue Flottenvereinbarung zwischen Großbritannien, Frankreich und USA

London, 1. Juli.

Der englische Marineminister Cooper gab im Parla- ment den Abschluß eines Übereinkommens zwischen Groß- britannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten zur Ergänzung des Flottenvertrages von 1936 bekannt. Danach wird die Schiffstonnage für Groß- kampfschiffe von 35000 auf 45000 Tonnen heraufgesetzt, während als Höchstzahl der 408 Zentimeter behaltene werden sollen. Der Minister erklärte, daß die obere Grenze von 45000 Tonnen höher läge, als die britische Regierung es gewünscht habe. Es handle sich hierbei jedoch um die niedrigste Ziffer, die sich in den Übereinkommen habe erzielen lassen. Duff Cooper stellte dann fest, daß das neue Abkommen das Ergebnis der Erörterungen über die Anwendung der Welt- kaufel zwischen den drei Staaten sei, wobei er erwähnte, daß ein entsprechendes Ergänzungsabkommen auch mit Deutschland abgeschlossen worden sei.

Die britische Regierung hat, wie der Minister weiter sagte, gleichzeitig in einer Note den angeschlossenen Mächten, mit denen sie in vertraglichen Beziehungen steht, mitteilen lassen, daß sie gegenwärtig kein Großkampfschiff, das 40000

Tonnen überschreite, zu bauen beabsichtige. Die beiden zur Zeit auf Stapel liegenden britischen Schiffe würden 40,8-Zenti- meter-Geschütze erhalten und nicht größer als 40000 Tonnen werden. Endlich teilte Duff Cooper mit, daß auch Verhand- lungen mit der Sowjetunion über den Abschluß eines Abkommens über die Begrenzung der Großkampfschiffstonnage auf 40000 Tonnen schweben.

Die Londoner Presse führt die neuen Abmachungen elms und allein auf die Haltung der Vereinigten Staaten zurück. So schreibt die „Times“, die Tatsache, daß England und Frankreich sich noch nicht entschlossen hätten, bis auf 45000-Tonnen-Grenze zu gehen, habe große Benignität hervorgerufen. Im Weltartikel heißt das Blatt fest, daß von deutscher Seite keine Schwierigkeiten gemacht worden seien und gemacht würden, wenn man sich auf einer niedrigeren Höchstgrenze geeinigt hätte. Die Festlegung der Größe bei 45000 Tonnen gebe daher allein auf die Belagerung der Vereinigten Staaten, eine niedrigere Größe anzunehmen, zurück. Das sei sehr zu bedauern. Zwar habe ein Beitritts- versuch vor 1914 noch nicht eingeleitet, jedoch würde durch die Deraufsetzung die Gefahr in dieser Hinsicht immer größer.

# GBU-Chef Samuelliohn hatte Angst und Floh

Tschiu, 1. Juli.

Wie soeben aus Peking gemeldet wird, überschritt der GBU-Chef für den Fernen Osten Samuelliohn (Samuelliohn) Tschiu auf der Flucht aus Sowjetruß- land am Donnerstagmorgen die Chrenge-Randstabslinie und wurde von der Grenzpolizei bei Hunjich, südwestlich von Madschow, wo auch kürzlich der Chef des fernöstlichen Politbüros, Nischow, übertrat, verhaftet.

Dazu wird im einzelnen bekannt: Die mandchurische Grenzschutztruppe des Hunjichun bemerkte in der Nacht vom Mitt- woch zum Donnerstag eine Person, die sich angrifflich der Grenze näherte und beim Anruf der Wache zunächst zwei Revolver fortwarf, um sodann mit erhobenen Händen das Betreten der Ubergabe zu machen. Die Untersuchung ergab zur allgemeinen Verwunderung, daß es sich um den GBU-Chef für den Fernen Osten, Nischow, handelte. Er

sagte aus, daß er sich durch die in der Sowjetunion unternommene „Reinigungsaktion“ bedroht gefühlt habe.

Als Mitglied der „operativen Abteilungen“ der GBU, mehr noch aber als deren Chef für das gesamte fernöstliche Gebiet, wird Nischow einen tiefen Einblick in die Methoden gehabt haben, mit denen das Stalin-Regime seine Feinde ausrottet. Daß er, der der mächtigste Beamte im ganzen Gebiet war, in der Flucht seine einzige Rettung sah, beweist, daß er selbst in die Reihe dieser Feinde geraten war und seine „physische Vernichtung“ fürchten mußte. Deshalb auch ihm keine andere Rettung blieb wie die Flucht ins Ausland.

Wie man weiter erst jetzt erfährt, ist auch der Chef einer sowjetrußischen Artillerie-Abteilung, Franzewitsch, aus der Heuberen Mongolei in die Innere Mongolei geflüchtet.

## vor dem Start in Königsberg bekanntgegeben werden, zu lösen.

Der zweite Wettbewerbstag beginnt mit dem Start der Teilnehmer in Rostock. Der Flug erkundet sich zunächst über Wolmar, Neukuhle in Holstein, Behmarn, Lutin bis nach Riel. Von Riel bis Wladibad wird eine Geschwindigkeit- prüfung eingeleitet. Von Wladibad führt die Strecke über Damburg, Stede, Friedrichsberg, Nordstrand nach Wot auf Höt, wo der Flug sein Ende hat.

## Unwetter über München - Zwei Todesopfer

München, 1. Juli.

Ein schwerer Gewittersturm, der am Freitagmorgen über München wüthete, hat zwei Todesopfer gefordert: Die Regenden rissen an der Ingothäcker Landstraße ein Gerüst um, wobei zwei Arbeiter abfielen und tödlich verletzt wurden. Ein dritter Arbeiter kam mit leichten Ver- letzungen davon. Die Münchner Hauptfeuerwache wurde während des Unwetters 10mal alarmiert.

## Rüftenflug des NS-Fliegerkorps 1938

Heute früh Start in Königsberg

Königsberg, 1. Juli.

Am 2. und 8. Juli wird zum zweiten Male seit Bestehen des NS-Fliegerkorps der Rüftenflug zur Durchführung gelangen, bei dem innerhalb von zwei Tagen eine Flugstrecke von 1200 Kilometer zurückzulegen ist.

Während am vorjährigen ersten Rüftenflug nur 77 Flugs- teile nahmen, wurden für den diesjährigen Flug 100 Maschinen des NSFK, 50 Flugzeuge des Reichsluftfahrt- ministeriums und der Luftwaffe und eine größere Anzahl Privatflugzeuge zur Teilnahme genannt.

Der Start zum 1. Wettbewerbstag erfolgt am Sonn- abend um 7 Uhr auf dem Flugplatz in Königsberg-Devan. Der Flug führt über Pillau, Danzig, Stolz, Stolpmünde, Kolberg, Anklam, Bug auf Rügen nach Rostock. Auf dieser Strecke sind von den Teilnehmern Aufgaben, die ihnen kurz

Die... (Vertical text on the far right edge of the page, partially cut off)